

Sozialdemokrat

Zeitung der SPD Hessen-Süd

DER KOMMENTAR

FORTSCHRITT STATT RÜCKSCHRITT



Gernot Grumbach
Vorsitzender des Bezirks
Hessen-Süd

Make Americans poor again! Donald Trump wird nicht nur oft verspottet, sondern auch von vielen gefürchtet. Es ist die Mischung von Überheblichkeit, erfundener Realität und Macht, die ihn so gefährlich macht. Vor kurzem hat er eine Entscheidung getroffen, die uns allen Probleme bereitet, aber wenn er sie durchsetzen kann, wird es sein eigenes Land am stärksten treffen. Er kündigt das Weltklimaabkommen von Paris.

Ja, es ist unverantwortlich, diesen Schritt zu tun, angesichts der Tatsache, dass alles dafür spricht, dass der Klimawandel schneller voranschreitet als gedacht. Und ja, es wird etwas schwerer für uns alle, diese Entwicklung zu stoppen. Aber am schlimmsten trifft es die Wirtschaft der USA.

Wer bei großen industriellen Umstrukturierungen die Nase vorn hat, kann immense Vorteile einfahren. Historisches Beispiel ist Europa und der ferne Osten. Vor über 150 Jahren waren Länder wie China und Indien die wirtschaftlich stärksten Länder der Welt. Dann verpassten sie die Industrialisierung auf Kohlebasis. Das Ergebnis war der steile Aufstieg Europas und später der USA. Jetzt ist der Ausstieg aus der Kohle und der Umstieg auf erneuerbare Energie dran. Wer dort vorangeht, bekommt deutliche Vorteile.

In der zynischen Sicht des Konkurrenzkapitalismus könnte man sich für Europa freuen. In Solidarität zu den Arbeitnehmern in den USA bleibt großes Bedauern. Da bleibt für uns alle noch viel zu tun. Im eigenen Lande aber auch bei der Unterstützung des klügeren Amerikas.

Gernot Grumbach

MEINE LEITKULTUR STEHT IM GRUNDGESETZ

VON TURGUT YÜKSEL

Manche Debatten werden immer wieder aufgewärmt, ohne etwas Neues bewirken zu wollen. Die Leitkultur-Debatte ist ein solcher Fall und wird von CDU-Politikerinnen und -Politikern immer dann losgetreten, wenn wieder einmal Wahlen anstehen und die konservative Wählerschaft mobilisiert werden soll. Mit seinem Artikel in der Bild am Sonntag aus dem April hat Thomas de Maizières sich nun auch an diesem Spiel beteiligt.

Vieles von dem, was er dort schreibt, ist sicherlich nicht falsch – im Gegenteil: Die Bekenntnisse zur Demokratie, zur besonderen Bedeutung etwa von Bildung, Kunst und Philosophie und zur historischen Verantwortung Deutschlands sind richtig, aber eigentlich auch ganz selbstverständlich. Unredlich ist er allerdings überall dort, wo er sich mit sehr konkretem Verhalten befasst – etwa dem Händedruck zur Begrüßung oder insbesondere der Plattitüde „Wir sind nicht Burka“, mit der er ein perfides Schreckgespenst aufbaut. Jeder, der mit offenen Augen durch die Straßen geht, weiß, dass diese Feststellung unnötig, weil selbstverständlich ist. Indem der Innenminister sie trotzdem trifft und effektiv auf einer Zeitungstitelseite verbreiten lässt, macht er ein Randphänomen zum Zentrum einer Debatte, die sich eigentlich um ganz andere Fragen drehen sollte. Ja, die Burka passt nicht in das Bild unserer liberalen Gesellschaft und ist Ausdruck der Unterdrückung von Frauen. Der Versuch, diese differenzierten Bedenken jetzt jedoch zu instrumentalisieren ist verantwortungslos. Es ist bestenfalls eine Bankrotterklärung des eigenen politischen Gestaltungsanspruchs und Ausdruck der Hilflosigkeit. Einige wenige religiöse Extremistinnen und Extremisten dienen so als Schleier, der die gescheiterte Integrationspolitik der Union verdecken soll. Schlimmstenfalls aber sollen diese Erklärungsmuster



FOTO: PETER JÜLICH

TURGUT YÜKSEL
ist Mitglied des hessischen
Landtages und im SPD-
Partei Vorstand des Bezirks
Hessen-Süd.

»
Meine
Loyalität
als Bürger
dieses
Landes
gilt eben
für diese
Verfassung,
die uns alle
bindet.«

Turgut Yüksel, MdL

islamophobes Gedankengut bedienen, um der AfD nicht den ganz rechten Rand zu überlassen.

Integration funktioniert nach de Maizières Logik denkbar einfach: „Die Deutschen“ müssten sich nur ihrer eigenen Leitkultur sicher sein, zu ihr stehen und sich durch sie von den „Nicht-Integrierbaren“ abgrenzen. Dadurch würde die Leitkultur auf wundersame Weise so „überzeugend“, dass die Mehrheit der Zugewanderten sie akzeptiert. Jeder weiß, dass ein solches „Friss oder stirb“ Unsinn ist.

Durch die Arbeitsmigration insbesondere aus den Ländern Süd-Europas und aus Nordafrika ist eine neue Kultur in den letzten Jahrzehnten in Deutschland entstanden. Diese neue heterogene Kultur der zugewanderten Menschen ist die Gesamtheit ihrer eigenen jeweiligen historischen und sozialen Entwicklung und sie besteht vor allem aus ihren Verhaltensweisen, Wertvorstellungen und Sehnsüchten sowie Bedürfnissen. Weder die Zugewanderten haben eine bessere Kultur, die sie konservieren und verteidigen müssen, noch die Bio-Deutschen sind im Besitz einer besseren, einheitlichen, hochwertigen Kultur, in die sich die Zugewanderten einfügen müssen. Es kann nicht darum gehen, die verschiedenen Kulturen auseinander zu dividieren und zu bewerten, um festzustellen welche falsch, welche richtig ist.

Es ist nicht die Aufgabe von Politikerinnen und Politikern, das alltägliche Zusammenleben der Menschen vorzugeben. Sie sind dafür verantwortlich, das Gemeinwesen so zu gestalten, dass ein friedliches Zusammenleben in Freiheit und Gerechtigkeit möglich ist, in denen die unterschiedlichen Kulturen sich entfalten und sich durch gegenseitige Akzeptanz in wechselseitigen Prozessen beeinflussen können.

Dies wird nicht durch ausgrenzende Wahlkampfretorik geschehen, sondern

Fortsetzung von Seite I

MEINE LEITKULTUR STEHT IM GRUNDGESETZ

nur durch verantwortungsbewusstes politisches Handeln. Wer aus taktischen Gründen mit kulturellen Identitäten spielt, wird nicht nur seiner Verantwortung zur Lösung der Probleme nicht gerecht, sondern vergrößert diese sogar. Er führt diejenigen in die Irre, die sich von den Veränderungen in der Gesellschaft überfordert fühlen, und stößt gleichzeitig diejenigen vor den Kopf, die mit der Integration selbst vor einer großen Herausforderung stehen.

Integration kann nur gelingen, wenn sie als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden wird. Sie stellt Anforderungen an Migrantinnen und Migranten und beinhaltet gleichzeitig die Verpflichtung der politisch Verantwortlichen, die notwendigen Bedingungen zu schaffen und Chancen zu eröffnen. Das Grundgesetz, das hierfür den Rahmen bildet, bietet uns Bürgerinnen und Bürgern genügend Leitkultur und Leitbilder in Anlehnung an die allgemeinen Menschenrechte und Wertesysteme, an denen wir uns orientieren. Diese Werte, die aktiv vorgelebt, aber auch erlernt und verteidigt werden müssen, sind die gemeinsame Basis für das friedliche und gleichberechtigte Zusammenleben aller Menschen in Deutschland, unabhängig von ihrem Glauben und ihrer Herkunft. Die im Grundgesetz festgeschriebene individuelle und kulturelle Freiheit in der demokratisch-pluralistischen Gesellschaft basiert auf der modernen, aufklärerischen, humanistischen Tradition Deutschlands und ist die Antwort auf das menschenverachtende Regime des Dritten Reiches.

Meine Loyalität als Bürger dieses Landes gilt eben für diese Verfassung, die uns alle bindet. Das erwarte ich von allen, die in diesem Land leben, egal welchen Hintergrund sie haben.

IMPRESSUM

Informationsorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Bezirk Hessen-Süd
Herausgeber: Gernot Grumbach
Redaktion: Christiane Gregor
Fischerfeldstr. 7-11,
60311 Frankfurt a.M.,
Tel. 069/299888-120

MIT SICHERHEIT: GERECHT

Bezirksparteitag 2017 in Oberursel



FOTO: PETER JUUCH

DER NEUE BEZIRKS-VORSTAND

Obere Reihe von links nach rechts:
Matthias Körner
Tanja Pfenning
Ansgar Dittmar
Dennis Volk-Borowski
Dr. Sascha Raabe, MdB
Gernot Grumbach, MdL (Vorsitzender)
Christine Lambrecht, MdB (Stellv. Vorsitzende)
Michael Siebel, MdL (Stellv. Vorsitzender)

Untere Reihe von links nach rechts:
Petra Fuhrmann
Ulrike Alex, MdL
Lisa Gnadt, MdL
Rüdiger Holschuh, MdL
Turgut Yüksel, MdL
Kerstin Geis, MdL
Umut Sönmez
Dagmar Schmidt, MdB
Viktoria Spiegelberg-Kamens

Es fehlen:
Patrick Koch (Schatzmeister)
Heike Hofmann, MdL
André Kavai

Unter dem Motto „Mit Sicherheit: Gerecht“ kamen am 19. und 20. Mai 250 sozialdemokratische Delegierte aus Hessens Süden zum Bezirksparteitag in Oberursel zusammen.

Zunächst standen Neuwahlen für den Bezirksvorstand auf dem Programm. Der amtierende Bezirksvorsitzende Gernot Grumbach, MdL wurde mit überzeugender Mehrheit von 82,4 % der Stimmen wiedergewählt. Der neue und alte Vorsitzende scherzte: „Meine Wahlergebnisse korrelieren scheinbar mit meinem Alter. Je älter ich werde, desto höhere Ergebnisse erziele ich. Das war mein bisher bester Wert.“

Auch die beiden StellvertreterInnen wurden in ihrem Amt bestätigt. Die parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion Christine Lambrecht, MdB (81,9 %) und der Darmstädter Landtagsabgeordnete Michael Siebel, MdL (83,0 %) stehen Grumbach auch künftig zur Seite. Um die Finanzen des 35.000 mitgliederstarken Bezirks kümmert sich als Schatzmeister weiter der Bürgermeister von Pfungstadt Patrick Koch (93,3 %). Eine Neuerung gab es dann doch noch: die Offenbacher Landtagsabgeordnete Heike Habermann kandidierte nicht erneut als Beisitzerin, für sie zog Viktoria Spiegelberg-Kamens aus dem Unterbezirk Limburg-Weilburg in den Bezirksvorstand ein.

Inhaltlich war der Parteitag der SPD Hessen-Süd geprägt von Diskussionen rund um den erst wenige Tage alten Entwurf eines Leitantrags. Dieser basiert auf der Arbeit der Programmkommission für das Regierungsprogramm 2017 und war kurz vor dem südhessischen Parteitag vom Bundesvorstand in die Gliederungen der Partei gestreut worden. Er soll Grundlage für das Wahl-

und Regierungsprogramm für die Bundestagswahl 2017 werden.

Zwei Themen lagen den Genossinnen und Genossen dabei besonders am Herzen. Zunächst wurde über Anträge zum Thema Bürgerversicherung diskutiert. Die Delegierten machten deutlich, dass es Ziel sein müsse, die schon seit vielen Jahren auf der Agenda der SPD stehende Bürgerversicherung umzusetzen und das Gesundheitssystem zukunftsfähig und bezahlbar zu machen. „Wir wollen endlich weg von der Zwei-Klassen-Medizin.“, so kommentierte Gernot Grumbach die Diskussion. Qualitätsunterschiede in der Versorgung von Versicherten solle es nicht mehr geben. Bisher Privatversicherte sollten wählen können, ob sie in die Bürgerversicherung wechseln möchten. Zudem müsse eine neue einheitliche Honorarordnung für Ärztinnen und Ärzte eingeführt werden, damit sich die Vergütung von medizinischen Leistungen für alle Patientinnen und Patienten nach ihrem Behandlungsbedarf richtet. Beiträge für die Krankenversicherung müssen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern wieder paritätisch entrichtet werden. Des Weiteren solle die Beitragsbemessungsgrenze auf das Niveau der Rentenversicherung angehoben und alle Einkunftsarten in die Finanzierung der Krankenversicherung einbezogen werden. Die Beitragssätze für Selbständige in der gesetzlichen Krankenversicherung sollen sich stärker als bisher am Einkommen bemessen. Perspektivisch sollen die Privatversicherer keine Krankenvollversicherungen mehr anbieten, die gesetzlich Versicherten können bei den privaten Versicherern auf Wunsch Zusatzversicherungen abschließen. Ein weiterer inhaltlicher Schwerpunkt

Fortsetzung von Seite II

MIT SICHERHEIT: GERECHT

wurde beim Thema der Kindergrundsicherung gesetzt. Die SPD Hessen-Süd wird sich dafür einsetzen, der Kinderarmut ein Ende zu bereiten. „Jedes Kind muss uns gleichviel wert sein.“, so Grumbach. Familienpolitische Förderinstrumente wie Ehegattensplitting, Kinderfreibetrag und Kindergeld sollen dafür zusammengeführt werden zu einem einheitlichen finanziellen unbürokratischen Grundbetrag oberhalb des Existenzminimums für jedes Kind.



Neumitgliedervorstellung auf dem Bezirksparteitag

FOTO: PETER JÜLICH

»
Jedes Kind muss uns gleich viel wert sein.«

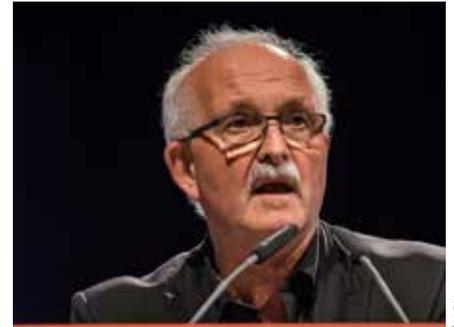
Gernot Grumbach, MdL



Heidmarie Wieczorek-Zeul, Bundesministerin a. D. spricht auf dem Bezirksparteitag

Gleichzeitig steht jedem Kind perspektivisch durch das Gesamtkonzept Kindergrundsicherung die strukturelle öffentliche Grundversorgung kostenfrei zur Verfügung mit einem Angebot für sportliche, musische und kulturelle Teilhabe, einem ganztägigen Bildungsangebot und Mobilität.

Die anwesenden Mitglieder des SPD-Bezirks Hessen-Süd machten ihrem Ruf



Dr. Udo Bullmann, MdEP während des Bezirksparteitags

FOTOS: PETER JÜLICH

alle Ehre, der sie als engagiert, diskussionsfreudig und ideengebend beschreibt. Die Freude an kontroversen Debatten wurde auch beim Thema Afghanistan sichtbar. Die Delegierten diskutierten äußerst rege darüber, ob die Einstufung Afghanistans als sicheres Herkunftsland gerechtfertigt war und ist. Sie lehnten weitere Abschiebungen derzeit ab. (CG)

SPD UND MERKEL - VERNUNFTEHE VOR DER SCHEIDUNG

Das neue Buch von Dr. Hans-Joachim Schabedoth, MdB

Der SPD-Bundestagsabgeordnete aus dem Wahlkreis Hochtaunus, Dr. Hans-Joachim Schabedoth, hat ein neues Buch geschrieben. Darin thematisiert er die schwierige Regierungsfindung nach der Bundestagswahl 2013. Schwarz-Gelb war abgewählt und Angela Merkel musste sich neue Partner suchen. Die Grünen wollten noch nicht. Die SPD ermittelte in wochenlangen Verhandlungen, inwieweit sich die Ziele aus ihrem Wahlprogramm in einer neuen großen Koalition mit Angela Merkel verwirklichen ließen. Nachdem die SPD-Basis grünes Licht gegeben hatte, entpuppten sich die SPD-geführten Ministerien rasch als Motor der Koalition. In einer Welt- und Europapolitik, die aus den Fugen geriet, erwies sich die Merkel-Regierung als ru-

hender Pol. Alles änderte sich ab Herbst 2015 mit der Flüchtlingskrise. Merkels ungewöhnliches „Wir schaffen das“ polarisierte ihr eigenes Lager. Auch die SPD ließ Federn. Die Anti-Euro-Partei AfD wurde die Anti-Ausländer-Partei. Solide Regierungsarbeit gab es immer noch, doch es fehlte ihr der Glanz.

Vier Jahre Vernunftthe der SPD mit den sich fetzenden Partei-Schwestern CDU/CSU haben Arbeiten und Leben der Menschen verbessert, aber auch Grenzen erreicht. Wie kann es nun weitergehen? Welche Koalitions-Optionen sind realistisch? Dies und vieles mehr sortiert und analysiert der Autor in seinem neuen Buch.

Das Buch ist im Schüren Verlag erschienen und im Buchhandel für 12,90 EURO erhältlich.

SELBSTAKTIV ERFOLGREICH INS JAHR 2017 GESTARTET



Freuen sich auf die Arbeit im Jahr 2017 – (von rechts nach links): Birgit Kornnagel, Georg Einhaus, Gerhard Eschborn

Die Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv, Menschen mit Behinderung in der SPD, ist erfolgreich ins Jahr 2017 gestartet“, so Georg Einhaus, Vorsitzender von Selbst Aktiv Hessen-Süd. So wurde Anfang des Jahres 2017 im Main-Taunus-Kreis die Arbeits-

gemeinschaft auf Unterbezirksebene neu gegründet. Aber auch bei der Besetzung von politischen Ämtern wurden weitere Erfolge erzielt. Mit Birgit Kornnagel, stellvertretende Vorsitzende im Bezirk Hessen-Süd, ist wieder eine Hessin im Bundesvorstand von Selbst Aktiv vertreten. Gerhard Eschborn, Vorstandsmitglied aus dem Rheingau-Taunus-Kreis, wurde auf die Kandidatenliste für die Bundestagswahlen im September gewählt. „Es ist unsere feste Überzeugung, dass wir mit der politischen Besetzung von öffentlichen und parteiinternen Ämtern ein wichtiges Zeichen setzen, um die Sensibilität der Zivilgesellschaft für Behinderungen jeglicher Art zu verbessern“, zeigt sich Georg Einhaus überzeugt, der selbst im April 2017 für das Amt des Landrates im Main-Taunus-Kreis kandidierte. (GE)

GEORG-AUGUST-ZINN-FORUM AM 2. SEPTEMBER 2017

Das diesjährige Georg-August-Zinn-Forum für Rechtspolitik widmet sich Problemen des digitalen Zeitalters. Unter dem Oberthema „Meinungsfreiheit im Internet“ soll der rechtliche Rahmen der digitalen Welt näher beleuchtet werden. Dabei sollen auch Einzelaspekte, wie der Umgang mit sozialen Netzwerken, das Phänomen „Fake-News“ und das sogenannte „Darknet“ angesprochen werden. Es soll auch die Frage erörtert werden, inwieweit

das Internet rechtlicher Regulierungen bedarf und ob und inwieweit es solchen überhaupt zugänglich ist. U.a. wird als Referent der Hessische Generalstaatsanwalt Prof. Dr. Fünfsinn erwartet. Darüber hinaus ist der Hamburgische Landesdatenschutzbeauftragte Caspar angefragt. Das Forum wird voraussichtlich am 2. September von 10.00 Uhr bis 16.00 Uhr im Parteihaus der SPD in Frankfurt, Fischerfeldstraße 7-11, stattfinden. (JG)

JAHRESEMPFANG IM HISTORISCHEN GEWAND

Während des Jahresempfangs der Offenbacher SPD mit Malu Dreyer schlüpfen die ASF-Frauen in historische Rollen und erinnerten daran, dass die SPD schon immer eine Vorreiterin im Kampf um die Geschlechtergerechtigkeit war.

Da war zum Beispiel der erste männliche Feminist, August Bebel, der als einer der Gründer der SPD stets für die Geschlechtergerechtigkeit eingetreten ist.

Rosa Luxemburg, die nach ihrem Studium in der Schweiz nach Deutschland kam, um in die SPD einzutreten, die für sie die fortschrittlichste sozialistische Partei Europas war. Sie wurde bekannt für ihren politischen Kampf mittels Massenstreiks und ihre Abwehrhaltung gegen Kriegseinsätze. Sie gründete später die KPD und wurde ermordet.

Dabei war auch die erste Frau in einem SPD-Parteivorstand, Luise Zietz. Als eine der ersten Frauen in der Nationalversammlung setzte sie sich für Wöchnerinnenschutz, den 8-Stunden-Tag und dafür ein, dass Frauen arbeiten, damit sie nicht „arm und unfrei“ bleiben.

Marie Juchacz war die erste Frau, die in der Nationalversammlung sprach. In ihrer Rede sagte sie: „Unsere Pflicht aber ist es, hier auszusprechen, was für immer in den Annalen der Geschichte festgehalten werden wird, dass es die erste sozialdemokratische Regierung gewesen ist, die ein Ende gemacht hat mit der politischen Unmündigkeit der deutschen Frau.“

Elisabeth Selbert war Mitglied im Parlamentarischen Rat bei der Erstellung des Grundgesetzes und setzte sich vehement für den Art. 3 (2) ein: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“

Wichtig ist den Frauen aller Epochen eins: „Wir wollen nicht nur die Hälfte des Kuchens – wir wollen die Hälfte der Bäckerei!“ (NG)



TERMINE

TONI-SENDER-AKADEMIE

26./27.08.17 Kreativitätstechniken entwickeln und stärken, Darmstadt

Weitere Infos und Anmeldung unter Tel. 0611 9997719, E-Mail: toni-sender-akademie@spd.de oder Internet www.toni-sender-akademie.de

FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG HESSEN

05.07.17 Roadshow Novemberrevolution, Frankfurt

16.08.17 Rechtspopulismus in Europa - was tun? Podiumsdiskussion, Frankfurt

01.09.17 Engagement im Ehrenamt: Gut moderiert - gemeinsam stark, Training, Gladenbach

Anmeldung: Tel. 0611 341415-0, E-Mail: landesbuero.hessen@fes.de oder Internet www.fes.de/hessen

AKADEMIE FÜR KOMMUNAL- POLITIK HESSEN e.V. (AFK)

08./09.07.17 Storytelling in der (politischen) Kommunikation, Wiesbaden

19.08.17 Doppik - Grundlagenkurs, Frankfurt

Anmeldung unter Tel. 0611 3601176, E-Mail: info@afk-akademie.de oder im Internet unter www.afk-akademie.de